

SP-Fraktion
Ruedi Lais, Präsident

VA08 Elefantenrunde, Votum

Frau Präsidentin, Frau Regierungsrätin, liebe Mitglieder des Regierungs- und des Kantonsrates

Die finanzielle Lage des Kantons Zürich ist ungemütlich, und wir alle wissen es: der Kanton Zürich verdankt das immer noch gute Rating nicht der Weisheit seiner rechten Parlaments-Mehrheit, sondern dem **grössten Goldraub der Geschichte**, der auch als Ausschüttung der Nationalbank bekannt ist.

Nur mit diesem politisch ziemlich dummen Berner Goldgeschenk kann der Kanton Zürich weitere Jahre **sein strukturelles Defizit überdecken**. Das Wahljahr 2007 mit den Steuergeschenken der verflochtenen rechten Mehrheit war für unseren Kanton ein teures Vergnügen. Denn zu solchen zweifelhaften Wahlgeschenken gehört ja auch immer, die schmerzhafteste Seite der Ideologie zu verschweigen, die dahinter steht. Steuern und Abgaben runter! tönt gut. Aber zu diesem Programm würde auch gehören, Dienstleistungen in einem Mass zu reduzieren, wie es kaum jemand im Kanton will.

Meine Damen und Herren. **900 Millionen Steuersenkungen pro Jahr** – pro Jahr – waren einfach zu viel, und die rechte Seite weiss das ja auch. Wäre man vernünftig geblieben und hätte nur jenen Teil an Steuersenkungen gemacht, der die **produktiven Kräfte der Wirtschaft gestärkt hätte, also diejenigen auf den Unternehmensgewinnen und auf den Arbeitnehmereinkommen**, so wäre die Verschuldung längst abgebaut, und der Kanton ginge wie auch die Stadt und viele Gemeinden mit genügend Reserven in die nächste Phase von Konjunkturabschwächung hinein. Es wäre sogar noch ein grosser Spielraum geblieben, um soziale, Bildungs- und Umweltsachen zu unterstützen, und der Steuerfuss hätte nie erhöht werden müssen. Aber statt den produktiven Einkommen werden laufend Erben, Bodenspekulanten, Eigentümer von Liegenschaften und Wertpapieren entlastet, also diejenigen mit arbeitslosen Einkommen.

Wenn es wahr ist, dass das **strukturelle Defizit** dann sichtbar wird, wenn bei Vollausschüttung der volkswirtschaftlichen Produktion immer noch rote Zahlen geschrieben werden, so dürfte dieses zwischen einer Viertel- und einer halben Milliarde liegen. Der neue Regierungsrat hat seine überaus optimistische Sicht der Dinge klar vorgelegt. Trotz grossem Konjunktur-Optimismus ist sie letztlich düster. Die Konsequenzen daraus fehlen aber im KEF. Zürich ist selbst in einem Hochkonjunkturjahr nicht in der Lage, seine Investitionen zu finanzieren. Zürich verspricht seinen Angestellten nach einem einzigen erfreulichen Jahr bereits wieder jahrelange, dem Gesetz eigentlich widersprechende, Reallohn-Einbussen. Der Kanton hat also noch keine Strategie, wie das strukturelle Defizit beseitigt werden kann.

Nebst dem strukturellen Defizit im Finanzplan hat Zürich aber noch ganz andere strukturelle Defizite. Er hat eines bei der **gerechten Verteilung des Wohlstands**. Einmal mehr ist daran zu erinnern: Nicht nur Schulden im Finanzplan sind Schulden unseres Staatswesens. Die **Armut und deren Folgen für Bildung und Gesundheit** sind auch Schulden. Und: das **Zubetonieren und Zersiedeln unserer Landschaft, die Verschleuderung aller natürlichen Ressourcen** vergrössert unsere Schuld bei zukünftigen Generationen. Die Probleme, die sich aus **mangelhafter Anstrengung für die Integration von Immigranten** ergeben haben, sind auch Schulden, die wir späteren Generationen aufbürden müssen. Solche gesellschaftlichen Reparaturkosten finden Sie auf fast jeder Seite des KEF wieder!

Gestern wurde der SP attestiert, von den ewigen Jeremiaden weggekommen zu sein. Wir verabschieden ja den guten Jeremias gerne. Am gleichen gestrigen Tag **stand aber statt Jeremias Hiob vor der Türe**! Er berichtete uns von den abenteuerlichen Geschäften einer grossen ehemals schweizerischen Bank. Die Abenteuer scheinen den Kanton einige Steuerprocente zu kosten. Wir wären Frau Regierungsrätin Gut dankbar, wenn sie eine erste Einschätzung dazu machen könnte.¹* Unter solchen Umständen gleicht der Steuerfussentscheid einer Routenwahl im Nacht-OL, wenn es soeben das „Birli der Stirnlampe geputzt“ hat!

¹ Sie schätzte die Ausfälle in ihrer Antwort auf „dreistellige Millionenhöhe“

Wenn wir Jeremias und die UBS samt Hiob mal beiseite lassen und uns mit Adam Riese behelfen, **so käme der Kanton um eine Steuererhöhung** eigentlich nicht herum.

Der **Steuerwettbewerb** zwischen den Kantonen hat sich nun aber in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Jedes Augenmass und jede Zurückhaltung wurden in geradezu panischer Art abgelegt. Die Vorstellung, dass 10 Kantone in der Spitzengruppe und alle anderen im Durchschnitt sein können, ist mathematisch unsinnig. Kantone sind auch keine Unternehmungen, die alle vorne dabei sein wollen und wissen, dass hinten halt ein paar Pleite gehen und unter den erfolgreichen aufgeteilt werden.

Lassen Sie mich hier deshalb einmal mehr festhalten: **Auswüchse des Steuerwettbewerbs** wie degressive Einkommenssteuern, Rabatte auf arbeitslosen Zins-Einkommen oder die Steuerbefreiung von Unternehmensgewinnen sind verfassungswidrig und zudem eine schwere Belastung des Zusammenlebens in einem föderalen Staatswesen. Der Standort Zürich braucht ein ganz anderes Niveau an staatlichen Leistungen und an Infrastrukturen als Minikantone wie Appenzell, Nidwalden oder Schwyz. Wer Zürich empfiehlt, die Finanzpolitik dieser Kantone zu kopieren, dem sind Zürich und die Zürcherinnen egal. Aus Zürcher Sicht ist es deshalb wichtig, dass die Steuersätze auch gesamtschweizerisch in einem gewissen Mass angeglichen werden.

Meine Damen und Herren, das Budget 2008 widerspiegelt 8 Jahre Mehrheit von SVP und FDP in diesem Rat. In dieser Zeit haben sich die beiden Parteien trotz numerischer Mehrheit in Regierung und Parlament als unfähig erwiesen, die Staatsfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen. Sie haben sich vor der unangenehmen Entscheidung gedrückt, der Wählerschaft entweder ein hartes Abbau- und Sparprogramm zuzumuten oder auf unbezahlbare Wahlversprechen in Form von Steuergeschenken zu verzichten. **So wird „4“ nicht gewinnen**

In diesen 9 Jahren stimmten SVP und FDP gerade 2 Mal gemeinsam den Vorschlägen der bürgerlichen Regierungsmehrheit zu.

7 Mal stimmte die SVP Nein und übertraf damit sogar die Grünen, welche 1999-2006 keinem Voranschlag zugestimmt haben. Dieses Abstimmungsverhalten war interessanterweise völlig unabhängig davon, wie die beiden Parteien gerade in der Regierung vertreten waren!

Und wir Anderen, die wir dafür sorgen, dass der Kanton Zürich verlässliche Vorgaben und Kredite in Form eines genehmigten Voranschlags erhält, sind wir eigentlich blöd? Sind wir mutlos, weil wir finden, auch der Staat müsse ein guter Arbeitgeber sein? Einer, der gute Dienstleistungen anbietet und sein Personal gerecht und anständig behandelt? Der ihm den Stufenanstieg wie im Gesetz vorgesehen gewöhnlich gewährt? Sind wir Träumer, weil wir nebst dem permanenten Wahlkampf nicht vergessen, dass unser staatliches Handeln über den nächsten Wahlgang hinaus nachhaltig sein muss? Wir meinen nein.

Unser Fazit haben Sie von unseren finanzpolitischen SprecherInnen schon gehört: **Dieser Voranschlag und dieser Steuerfussantrag sind nicht nachhaltig und entsprechen deshalb nicht der SP-Finanzpolitik.** Finanzpolitik wird aber bekanntlich nicht mit dem Budget und auch nicht mit dem Steuerfuss gemacht.

Die SP-Fraktion stimmt deshalb dem Voranschlag 2008 und dem Steuerfuss von 100% ohne Begeisterung zu.

11. Dezember 2007, Ruedi Lais

2000: SVP Nein/Ja, FDP Ja, Grüne Nein/Enthaltung, SP Ja [STEUERFUSS]
2001: SVP Nein, FDP Ja, Grüne Enthaltung, SP Ja
2002: SVP Nein, FDP Ja/Nein, Grüne Nein, SP Ja
2003: SVP Nein, FDP Ja, Grüne Enthaltung, SP Ja [STEUERFUSS]
2004: SVP Ja, FDP Ja, Grüne Nein, SP Nein
2005: SVP Nein, FDP Ja/Nein, Grüne Nein, SP Ja
2006: SVP Ja, FDP Ja, Grüne Nein, SP Nein [STEUERFUSS]
2007: SVP Nein, FDP Ja, Grüne Nein, SP Ja
2008: SVP Nein, FDP Ja, Grüne Ja, SP Ja [STEUERFUSS]